

Interview:

"Ich bin nicht sehr optimistisch"

Das 'Movement for Interracial Justice and Equality' ('MIRJE) ist eine der ältesten Menschenrechtsorganisationen Sri Lankas. Sie setzt sich seit Ende der 70-er Jahre für eine friedliche Lösung des Volksgruppenkonflikts ein, gewährt zahlreichen Personen, die willkürlich verhaftet werden, rechtlichen Schutz und gibt seit einiger Zeit auch zwei Zeitungen heraus: Die in sinhalesischer Sprache erscheinende Wochenzeitschrift 'Yukthiya' sowie die in tamilischer Sprache zweiwöchentlich produzierte 'Sarinihar'. Mit dem Sekretär von MIRJE, S. Balakrishnan, sprach Walter Keller.

Wann ist MIRJE gegründet worden, welche Ziele verfolgt die Organisation?

Das 'Movement for Interracial Justice and Equality' begann seine Arbeit 1979, wobei allerdings viele der Initiativen, aus denen MIRJE entstand, schon vor 1979 existierten. Der wichtigste Anlaß für die Gründung war das Bedürfnis, ein nationales Büro oder eine nationale Einrichtung zu gründen, der es möglich sein sollte, einen Beitrag zur Lösung des ethnischen Konflikts im Lande zu leisten. In den siebziger Jahren gab es in der politischen Szene deutliche Zeichen dafür, daß die Regierungen - ich meine hier Regierungen der 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) als auch der 'United National Party' (UNP) - niemals irgendeinen ernstzunehmenden Versuch gemacht haben, um die Probleme der tamilischen Volksgemeinschaft zu lösen und ihr Recht auf Gleichberechtigung zu verwirklichen. Im Gegenteil: Es gab zahlreiche Hinweise darauf, daß beide politische Parteien, unsere sogenannten Volksparteien, das Konzept der sinhalesisch-buddhistischen Vorherrschaft und Überlegenheit zu unterstützen versuchten.

Aus diesem Verhalten entstand eine tamilische Protestbewegung, die als Ziel die gleichberechtigte Stellung der tamilischen Minderheit in der Gesellschaft verfolgte. Diese wurde jedoch vom Militär und der Polizei immer wieder unterdrückt. Letztlich führte diese Entwicklung dazu, daß viele Jugendliche, die extremistische Ansichten hatten und die demokratischen politischen Traditionen ablehnten, sich von traditionellen tamilischen Parteien wie der 'Federal Party', dem 'Tamil Congress' oder der 'Tamil United Liberation Front' (TULF) abwandten und ihren Anspruch auf Gleichberechtigung durch den bewaffneten Kampf geltend machten. Diese Entwicklung konnte man schon in der Mitte der siebziger Jahre sehr deutlich sehen.

Etwa Mitte der 70-er Jahre erkannten die demokratischen Kräfte im Land, wie wichtig es ist, sich in den politischen Prozess einzubringen und die Menschen zu ermutigen, ihre Meinung zu äußern und sie für eine politische Lösung des Konflikts zu interessieren. Man hatte das Gefühl, daß ein solches Ziel nur mit Hilfe einer Organisation oder Bewegung in die Tat umgesetzt werden könnte, und damit entstand im Jahre 1979 das 'Movement for Interracial Justice and Equality'. MIRJE hatte zu Anfang ein breites Spektrum von Mitgliedern. Die politischen Parteien gehörten ebenso dazu wie Gewerkschaften, soziale Organisationen und Einzelpersonen. Es nahmen alle teil, die sich offen gegen jede Form von ethnischer Diskriminierung in diesem Land ausgesprochen hatten oder, mit anderen Worten, das Konzept von Gleichberechtigung zwischen allen Volksgruppen und den multi-ethnischen Charakter unserer Gesellschaft unterstützten.

Das Ziel von MIRJE ist bis heute, im breiten demokratischen, multi-ethnischen und pluralistischen Rahmen eines geeinten Sri Lanka für Gerechtigkeit und Gleichheit zwischen den ethnischen Gruppen zu arbeiten.

Auf welche Weise verfolgen Sie dieses Ziel?

Um diese Absichten zu erreichen, wurden von uns zahlreiche Akti-

vitäten begonnen. So gab es zum Beispiel am Anfang unserer Arbeit, etwa gegen Ende der siebziger und zu Anfang der achtziger Jahre, Zusammentreffen von Repräsentanten der Mitglieder von MIRJE. Zu dieser Zeit begannen wir unsere Arbeit auf vier verschiedenen Gebieten. Eines davon ist das sogenannte Erziehungsprogramm: Wir versuchen durch Veröffentlichungen, Seminare, Diskussionen und Workshops ein Bewußtsein über den ethnischen Konflikt im Land zu erzeugen. Die Menschen müssen die Art dieses Konflikts verstehen und auch die Wichtigkeit einer politischen Lösung erkennen. Die zweite Arbeitsebene betrifft Protestmärsche und ähnliche Aktionen, die wir veranstalten. Dies geschieht ebenfalls mit dem Ziel, eine politische Lösung im Gegensatz zu einer militärischen Lösung der Probleme zu finden. Den dritten Bereich bezeichnen wir als themenbezogene Einmischung: Hiermit ist gemeint, daß wir Themen aufgreifen, die irgendwie mit dem ethnischen Konflikt in Beziehung stehen, und dazu Stellungnahmen veröffentlichen, die Regierung oder Parteien zu einer Reaktion aufordern oder unsere Betroffenheit ausdrücken. Vor ein paar Jahren war MIRJE beispielsweise für eine Kampagne zur Freilassung politischer Gefangener verantwortlich. Wir griffen diese Problematik auf und behandelten das Thema auf unterschiedliche Weise. Innerhalb unserer themenbezogenen Arbeit gibt es seit 1985 auch ein Programm zur Rechtsbeihilfe. Es war das erste Programm in Sri Lanka, das sich ausschließlich um politische Rechtsfälle kümmerte. Es soll all denen zugute kommen, die sich aufgrund der Notstandsgesetzgebung oder des 'Prevention of Terrorism Act' (PTA) in Haft befinden. Wir greifen diese Fälle im Rahmen der Gesetze auf und versuchen, Opfern dieser repressiven Gesetze jede mögliche Hilfe anzubieten. Wir vertreten eine sehr grundlegende Haltung - MIRJE war die erste Organisation, die sich offen gegen die Notstandsgesetze und den PTA ausgesprochen hat und ihre Aufhebung forderte. Wir haben seither mit verschiedenen Aktionen ständig weiter für eine Abschaffung dieser Regelungen gekämpft, die letztlich nur eine pauschale Rechtfertigung für - wie auch immer geartete - militärische Aktionen gegen die tamilische Bevölkerung darstellen. Inzwischen sind diese Regelungen zum festen Bestandteil srilankischer Gesetzgebung geworden und stellen einen Freibrief für Menschenrechtsverletzungen aller Art dar, wobei heute auch die sinhalesische Bevölkerung davon betroffen ist. Erziehungsprogramme, Protestaktionen, themenbezogene Arbeit und schließlich rechtliche Unterstützung sind also unsere vier wesentlichen Aktivitäten.

MIRJE hat eine bestimmte Grundeinstellung zum ethnischen Konflikt: Wir glauben, daß dieser Konflikt eine schwere Bedrohung für alle demokratischen Mechanismen ist. Da Rassismus eine sehr undemokratische Erscheinung ist, kann und sollte der ethnische Konflikt nicht durch eine ethnische, sondern - das ist unsere starke Überzeugung - nur durch eine demokratische Lösung beendet werden. Diese Einstellung hat zur Folge, daß wir in unseren Aktivitäten für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zwischen den ethnischen Gruppen versuchen, den Menschen klarzumachen, wie wichtig eine Stärkung der demokratischen Einrichtungen in unserer Gesellschaft ist.

Es gab eine Zeit, zu der wir uns darauf beschränkten, die militärische zu Gunsten einer politischen Lösung des Konflikts abzulehnen. Aber nach dem Abschluß des indisch-srilankischen Abkommens und seinem Scheitern wurden wir oft gefragt, was denn überhaupt eine politische Lösung sein kann und was wir darunter verstehen. Wir mußten uns also sehr genau über die Struktur einer politischen Lösung klar werden und unsere Ansicht darüber publik machen. Während der letzten drei Jahre habe ich versucht, ein entsprechendes Konzept zur Konfliktlösung auszuarbeiten, das auch auf den Erfahrungen von MIRJE während der letzten 15 Jahre beruht. Man muß ein wichtiges Grundprinzip des Konflikts verstehen: Nach der Unabhängigkeit kam ein Prozeß in Gang, aus dem die ethnischen Probleme erwuchsen. Die srilankische Regierung hat bestimmte gesetzliche Regelungen in Kraft gesetzt, politische Strukturen etabliert und Änderungen der Verfassung vorgenommen, die für die Tamilen und ihre Sprache keine Chance zu einer gesellschaftlichen Gleichstellung in diesem Land ließen. Die Tamilen fordern deshalb politische und verfassungsrechtliche Reformen, die eine von der Verfassung und im administrativen Bereich anerkannte Gleichberechtigung garantieren. Stellvertretend für viele derartige Vorgänge ist der 'Sinhala only'-Erlaß, der Sinhalesisch zur einzigen offiziellen Sprache des Landes machte und 1956 inmitten von friedlichem Protest der Tamilen in Kraft gesetzt wurde. Man ignorierte die tamilischen Proteste und gab diesem Erlaß 1972 sogar verfassungsrechtliche Bedeutung, indem man dieses Konzept zum Bestandteil der Verfassung machte. Es gab bisher viele ähnliche gesetzliche Schritte, die letztlich den Konflikt für die Tamilen erheblich verschärften und dazu führten, daß die Tamilen die Verfassung, die politischen Strukturen und deren verwaltungstechnische Aspekte ablehnen.

Hat man diese grundlegenden Zusammenhänge einmal verstanden, dann ist auch klar, daß die Lösung der Probleme nicht notwendigerweise irgendeiner der jetzigen Konfliktparteien gefallen wird. Wie können nun allerdings die ethnische Krise und die Krise der Demokratie gemeinsam überwunden werden und eine Lösung erarbeitet werden, die beide Aspekte berücksichtigt? Wir haben eine Gruppe von Akademikern aus dem juristischen Bereich zusammengebracht, die man wohl als Verfassungsexperten in Sri Lanka bezeichnen kann, um sie damit zu beauftragen, eine verfassungsrechtliche Struktur anhand der von mir gerade genannten Gesichtspunkte anzufertigen. Daraus entstand ein 120-seitiges Dokument, daß man als alternative Verfassung bezeichnen kann. Sri Lanka erscheint darin als ein föderales politisches System, das das bisherige Prinzip der staatlichen Einheit ersetzt.

Ich habe schon erwähnt, daß der Konflikt auf dem offensichtlichen Versuch von sinhalesischen Politikern beruht, die überlegene Position der Sinhalesen und der sinhalesischen Buddhisten zu schützen. Es muß aber zu einer gerechten Machtaufteilung zwischen allen Volksgruppen im Land kommen. Und hier genau setzt das von uns entworfene Verfassungsdokument an: Anerkennung der politischen Autonomie und das Recht auf Selbstbestimmung der Minderheitengruppen in Sri Lanka.

Gibt es dann dafür heute überhaupt noch Möglichkeiten?

Wenn man über die sogenannte ethnische Fragen spricht, tritt sehr schnell ein Problem auf. Alles, was sich zwischen den srilankischen Tamilen und der Regierung abspielt, betrifft nicht nur die Tamilen, sondern wesentlich mehr auch die sinhalesische Bevölkerung. Denken Sie nur an die Folgen wie fehlende wirtschaftliche Entwicklung oder die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Ich möchte gar nicht die zahllosen Toten und psychologischen Probleme erwähnen. Man kann schon von einer Art repressiven Kultur in der Politik sprechen, die langsam entwickelt wurde. Seit 1979 wurde sie von den Regierungsparteien ungehemmt benutzt, um demokratische Oppositionen zu unterdrücken. Wenn wir also demokratische Traditionen in unserer Gesellschaft wiederbeleben möchten, ist es äußerst wichtig, zumindest eine Übergangslösung für den bewaffneten Konflikt im politischen Prozeß zu finden, der Menschen die

Möglichkeit gibt, eine Aufhebung von Notstandsgesetzen und PTA zu fordern, damit das Land zu normalen Gesetzen zurückfindet. Ich spreche zunächst bewußt von einer Übergangslösung, weil ich nicht glaube, daß es möglich sein wird, für alle Aspekte eine sofortige Lösung zu finden. Die tamilische Situation ist ja nur ein Teil des Problems, es gibt Moslems, Tamilen auf den Plantagen, die sogenannten Hochlandtamilen usw., die ihre eigenen drückenden Probleme haben. Wenn wir jedoch erst einmal eine vorübergehende Lösung erzielen, habe ich große Hoffnung, daß durch die demokratischen Kräfte aller Bevölkerungsgruppen in einem gewalt- und angstfreien Umfeld ohne Unterdrückung ein Zusammenschluß entsteht, der eine demokratische Umgebung mit dauerhaftem friedlichen Nebeneinander der ethnischen Gruppen hervorbringt.

Sehen Sie in diesem Zusammenhang irgendeine qualitative Veränderung der Regierungspolitik nach dem Tode Premadasas und der Machtübernahme durch D.B. Wijetunga?

Ich sehe keinerlei Änderungen im Bezug auf den ethnischen Konflikt oder eine Demokratisierung. Man bemerkt allerdings etwas anderes. Premadasa läßt sich in meinen Augen als jemand beschreiben, der bisher im Vergleich zu seinen Vorgängern der einzige Staatsführer war, der täglich oder zumindest kontinuierlich von der Notwendigkeit einer Anerkennung des Rechts der Minderheiten auf Gleichstellung gesprochen hat. Er erkannte, daß es nötig ist, den Konflikt politisch zu lösen und bekannte öffentlich, daß er nicht an eine militärische Lösung glaubt. In der Praxis war allerdings alles anders. Er tat zum Beispiel wirklich alles, um die sinhalesisch buddhistischen, extrem chauvinistischen Kräfte in diesem Land zu befriedigen. Er schreckte sogar nicht davor zurück, vor der 'Maha Sangha Sabha' (der Vereinigung des buddhistischen Klerus, W.K.) zu erklären, daß er niemals irgendeine Entscheidung bezüglich des Volksgruppenkonfliktes treffen werde, ohne den Segen und das Einverständnis des buddhistischen Klerus eingeholt zu haben. Er ließ sogar ein Ministerium für buddhistische Angelegenheiten gründen, dem er selbst als Minister vorsteht. Der buddhistische Klerus ist aber gerade das größte Hindernis für irgendeine Lösung gegenüber den Tamilen und ihren Bedürfnissen. Die jetzige Regierung unter Präsident D.B. Wijetunga und Premierminister Ranil Wickramasingha hat bisher noch kein einziges Mal irgendwelche Anzeichen gezeigt, daß sie zu einer politischen Lösung des Problems bereit wäre.

Nun ist auch das sogenannte parlamentarische 'Select Committee' am Ende, welches speziell eingesetzt war, eine Lösung des Konflikts zu finden. Entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im Parlament stellt die 'United National Party' (UNP) die meisten Mitglieder im 'Select Committee'. Zahlenmäßig gefolgt von der 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) stellen UNP und SLFP 95 Prozent der Mitglieder dieses Komitees. Es gibt sonst nur noch Einzelvertreter tamilischer und moslemischer Parteien. Die Parteien waren aufgefordert Vorschläge zur Lösung einzureichen. Danach passierte aber folgendes: Nur die tamilischen und moslemischen Parteien nahmen den Aufruf wirklich ernst und übermittelten ihre Vorschläge. Von Seiten der UNP als auch der führenden Oppositionspartei SLFP - den beiden größten anti-tamilischen chauvinistischen Parteien des Landes - kamen keinerlei Vorschläge, womit beide Gruppen direkt ihre Ablehnung jeglicher Konfliktlösung und von berechtigten Forderungen der tamilischen Bevölkerungsgruppe demonstrierten. Ich bin daher überhaupt nicht optimistisch bezüglich der Politik der neuen Regierung eingestellt. Sie hat nicht das Ziel einer dringenden Problemlösung, da UNP und SLFP immer noch meinen, daß sinhalesisch buddhistischer Chauvinismus ihre Basis ist und anti-tamilische Ideologie und Rhetorik der einzige Weg für ihr eigenes Überleben sind. Die beiden großen Parteien glauben immer noch, daß die Mehrheit der Menschen diesen sinhalesischen Chauvinismus teilt, und daher vertreten sie ihn weiterhin, um ihre Wählerbasis zu halten. Wenn ich mir persönlich die Meinung in der breiten Bevölkerung vor Augen halte, erhalte ich allerdings ein anderes Bild. Ich habe in den letzten zwei Jahren bei mehr als 40 Versammlungen mit überwiegend sinhalesischem Publikum in ver-

schiedenen Teilen des Landes gesprochen. Mein Eindruck ist, daß die meisten einfach nicht genügend Informationen erhalten, schon gar nicht über den Krieg im Land. So sind sie nicht in der Lage, die Realitäten des Konflikts zu verstehen. Wenn man sie mit dem nötigen Wissen versorgt, beginnen die Leute positiv darüber nachzudenken. Die meisten erkennen sofort, wie wichtig eine Lösung des Konflikts ist. Hier ist ein wichtiges Phänomen, welches wir in den letzten zwei bis drei Jahren erreicht haben: MIRJE ist es mit den doch sehr begrenzten personellen Ressourcen gelungen, eine öffentliche Meinung gegen den Krieg in einer sehr deutlichen Weise zu erzeugen. Dies ist ein bedeutender Erfolg, aber trotzdem sind wir immer noch nicht in der Lage, einen Prozeß in Gang zu bringen, weil uns die nötigen alternativen Medien fehlen. Wir kämpfen gegen die sinhalisischen chauvinistischen Medien, die Tageszeitungen - seien sie in staatlichem oder privatem Besitz -, gegen Radio und Fernsehen, gegen die etablierten Medien, die ununterbrochen verdrehte und rassistisch verfärbte Informationen verbreiten und die Psyche und Ideologie der Menschen beeinflussen wollen. Wenn wir aber erfolgreich einen Schritt weiter gehen wollen, brauchen wir auch alternative Medien um andersgearteten Meinungen Raum zu geben.

Ich sehe noch ein weiteres Hindernis in dieser Art des Arbeitens mit Menschen: die Leute sind im politischen Denken viel zu sehr auf den Staat konzentriert. Sie denken immer noch, der Staat ist alles. Nachdem die Regierung einmal gewählt ist, soll sie allein entscheiden, ohne daß die einfachen Leute auf der Straße noch eine Rolle spielen. Vielleicht ist diese Art des Denkens, bei der der Staat absolut im Mittelpunkt steht, der eigentliche Grund für die Abwesenheit einer demokratischen Bewegung seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1948. Die Menschen haben keine wirkliche demokratische Kultur entwickelt, daher wird Demokratie als etwas Falsches empfunden. Der Staat hat die Macht und ist überlegen, den Handlungen des Staates darf nicht widersprochen werden. Es gibt nur eine kleine Gruppe von Personen, teilweise aus einer linksorientierten oder sehr liberalen Tradition stammend, die wirklich eine Opposition darstellen und offen ihren Wunsch und Willen nach demokratischen Verhältnissen zum Ausdruck bringen. Hier wird der Zusammenhang zwischen dem ethnischen Konflikt und dem Kampf für Demokratie deutlich.

Wie sieht es denn auf tamilischer Seite derzeit aus?

Natürlich muß man auch auf tamilischer Seite einige Personen für die jetzige Situation verantwortlich machen. Die Tamilen haben ihren Protest auf sehr traditionelle Weise deutlich gemacht, und damit auch ihren Beitrag zur 'gun culture', der Kultur der Waffen, geleistet. Während die Regierung ihre anti-tamilische Propaganda verstärkte, um selbst politisch im Süden zu Überleben, gelang es im tamilischen Lager gleichzeitig, die demokratischen Kräfte unter den Tamilen in eine Abseitsposition zu drängen und damit den militanten Extremismus erheblich zu stärken. Eine demokratische Tradition, mit der man das Problem aus der Welt hätte schaffen können, verschwand einfach von der Bildfläche. Beide Seiten legten ihre ganze Hoffnung auf die Sprache der Waffen, nun schon seit zehn bis 15 Jahren. Es hat sich mehr als einmal bewiesen, daß eine Teilung des Landes, obwohl ich kein Gegner des Rechts auf Selbstbestimmung für die Tamilen bin, nicht zur Lösung der Probleme führen würde. Nicht nur im Hinblick auf lokale Begleiterscheinungen, sondern vielmehr auch im Bezug auf die regionale Supermacht Indien, die niemals - selbst wenn es die srilankische Regierung ausdrücklich wünscht - eine Teilung des Landes hinnehmen würde, kann ich mir nicht vorstellen, daß eine Spaltung Sri Lankas möglich und sinnvoll ist. Das Problem läßt sich nur auf der Basis eines vereinigten Landes betrachten. Nicht einheitliches, sondern vereinigtes Sri Lanka.

Die tamilischen demokratischen Parteien haben im Moment durch die Stärke der 'Befreiungstiger' (LTTE) keinen Einfluß auf die tamilische Bevölkerung, obwohl auch einige militante Kräfte sich in demokratische Richtung zu bewegen scheinen. Die Tamilen müssen

aber gegenüber dem Süden ein klares Zeichen setzen, daß sie bereit und Willens sind, eine politische Lösung zu akzeptieren. Sie müssen die LTTE dazu bringen, hierzu eine positive Haltung einzunehmen. Sehr viele Tamilen leben aufgrund des Terrors, den die LTTE ausübt, in Angst. Die LTTE leugnet den politischen Pluralismus, den es auch unter der tamilischen Bevölkerung gibt. Aber die Tamilen müssen entscheiden, ob sie mit diesem Krieg oder Völkermord, wie ich es nennen würde, durch die militärischen Kräfte der Regierung weiter leben und ob sie weiter die wirtschaftliche Blockade des Staats ertragen wollen oder ob es vielleicht einen Weg für sie gibt, sich zu organisieren und mit einer festen Position auch gegen die Aktivitäten der LTTE zu sprechen. Dies kann diejenigen demokratischen Kräfte im Süden erheblich stärken, die bisher immer wieder mit wenig Erfolg für eine politische Lösung eintraten. Wenn sich im Norden eine hinreichend große Anzahl von Menschen findet, die bereit ist, sich mit den demokratischen Kräften im Süden zu solidarisieren, würde man vielleicht den vielen sinhalisischen extremistischen Strömungen entgegenwirken können, einen Umschwung in der öffentlichen Meinung im Süden erzielen und letztlich auch die starre Position der Regierung angreifen.

Ich möchte noch einmal auf eine aktuelle Frage zurückkommen, die auch mit Europa im Zusammenhang steht. Was würden Sie sagen, wenn junge Tamilen, die vor einiger Zeit nach Europa gegangen sind, gezwungen wären, nach Sri Lanka, also in eine weiterhin instabile Situation, zurückzukehren?

Ich könnte eine solche Form der Repatriierung nicht unterstützen, denn es gibt in Sri Lanka zur Zeit keinen Landesteil, in dem Tamilen ohne Angst und Terror in Frieden leben können. Viele Tamilen haben große Schwierigkeiten auf sich genommen, um das Land zu verlassen, aber es war für sie die einzige Möglichkeit, ihr Leben zu schützen. Diejenigen, die an der Auseinandersetzung mit der Regierung teilnehmen wollten, nahmen Waffen in die Hand und kämpften. Andere verließen das Land, weil sie diesen Krieg für sinnlos hielten und nicht bereit waren, ihr Leben für Nichts zu opfern. Immer wieder wird gesagt, daß es im Süden für die Tamilen sicher sei. Ich will ihnen sagen, wie diese "Sicherheit" aussieht. Täglich werden Razzien auf Tamilen gemacht und Verhaftungen finden statt. Tamilen werden in der Haft bedroht und gefoltert, keiner kann ungefährdet auf der Straße laufen. Was hat dieses mit einem friedvollen Leben, wie es eigentlich uns allen zusteht, zu tun?

Neue Dokumentation des Südasienbüro: A Decade of Conflict - Sri Lanka 1983-1993

36 Seiten mit zahlreichen Fotos über wichtige Ereignisse der letzten zehn Jahre, in engl. Sprache.

Bestellungen: Südasienbüro
Preis: 9,- DM zuzüglich Versand

Berichtigung:

In Südasien 5-6/93 wurde durch einen technischen Fehler der letzte Satz des Interviews mit Sunila Abeysekera nur unvollständig wiedergegeben. Hier noch einmal der volle Wortlaut: Geht die Regierung neben dem Ziel einer sofortigen Beendigung der militärischen Auseinandersetzung nicht auch mit konkreten Plänen für einen politischen Prozeß an den Verhandlungstisch, dann wird ein Waffenstillstand, wie schon so oft, nur von kurzer Dauer sein.